



Bundesrat sieht terroristische Bedrohung

Salome Müller

Laut Guy Parmelin hat sich die weltweite Sicherheitslage verschlechtert. Zugenommen hätten insbesondere die Ost-West-Spannung und die Terrorgefahr.

Verteidigungsminister Guy Parmelin (SVP) hat gestern den aktuellen sicherheitspolitischen Bericht vorgestellt. Auch die Schweiz sei von der Verschlechterung der weltweiten Sicherheitslage betroffen und könne Ziel eines terroristischen Anschlags sein, sagte er.

Die Veränderungen macht Parmelin vor allem an zwei Punkten fest: dem angespannten Verhältnis zwischen Ost und West (insbesondere seit der russischen Krim-Annexion) und der terroristischen Bedrohung, die sich zugespitzt habe. Die Gefahren seien insgesamt diffuser geworden, sagte Parmelin. «Wer hätte vor zwei Jahren gedacht, dass die Grenzen in Europa gewaltsam verschoben werden?» Solche Ereignisse würden nicht nur das Sicherheitskonzept der Schweiz, sondern jenes eines ganzen Kontinents infrage stellen.

Beim Bericht, den der Bundesrat alle fünf bis sechs Jahre herausgibt, handelt es sich um eine überarbeitete Version: Ursprünglich sollte er bereits im vergangenen Jahr vorliegen. Wegen Verzögerungen unter anderem durch das Nein zur Gripen-Beschaffung wurde er erst letzten November in die Vernehmlassung geschickt. Dort hatten FDP, SVP und die Mehrheit der militärischen Organisationen aber heftige Kritik am Bericht geübt. Hauptkritikpunkt war die Ausrichtung der Sicherheitspolitik, die sie als zu vage erachteten: Die Auswirkungen der Flüchtlingskrise etwa müssten konkreter benannt werden. In der aktualisierten Fassung hat der Bundesrat nun darauf reagiert und den Ab-

schnitt zur Migration überarbeitet. Die Zunahme der Migration sei kein grundsätzliches Sicherheitsrisiko, hält der Bundesrat fest. Allerdings würden sich unter Migranten «vereinzelt auch Personen finden, die Verbindungen zu terroristischen Kreisen» hätten - dies hätten Anschläge in Frankreich, Belgien und Deutschland gezeigt.

Parmelin sagte weiter, dass der Nachrichtendienst immer wichtiger geworden sei. Der Bundesrat plädierte für das neue Nachrichtendienstgesetz - über dieses stimmt das Volk am 25. September ab. Christian Catrina, Chef Sicherheitspolitik, fügte an, dass es im Bericht um «die grossen Linien» gehe und nicht um Alltagspolitik.

Der FDP fehlt Konkretes

Für die FDP ist der Bericht immer noch zu ungenau. In einer Mitteilung schreibt die Partei, sie sei erstaunt, dass der Bundesrat zwar «auf neue Gefahrenpotenziale» eingehe, in der Einschätzung dieser Gefahren aber vage bleibe. Sie fordert konkrete Aussagen dazu, wie der Bundesrat die Schweiz vor den «existierenden Bedrohungen» schützen will.

Für Thomas Hurter, SVP-Nationalrat und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission, ist der Bericht hingegen ausreichend. «Er ist eine Auslegeordnung dafür, in welche Richtung man gehen will.» Er lege die Basis für die Sicherheit und biete Antworten, wie man mit Herausforderungen wie Terrorismus umgehen soll. Als Beispiel nennt Hurter das Nachrichtendienstgesetz. Vorstellen könne er sich allerdings, die Intervalle zwischen den Berichten auf zwei Jahre zu verkürzen. So werde man der Sicherheitslage, die sich teilweise monatlich verändere, besser gerecht. Auch Parmelin deutete an, dass man sich entsprechende Überlegungen mache.



Guy Parmelin
Verteidigungsminister